

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Lüdenscheid
Fraktionsvorsitzende Christel Gabler

Haushaltsrede für den 02.02.2004
Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

jedes Jahr aufs Neue macht es uns die Vielschichtigkeit des städtischen Haushaltes nicht leicht, den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt die Strukturen so zu erklären, dass sie auch von allen verstanden werden.

Da wir im politischen Ehrenamt gleichzeitig auch Bürger dieser Stadt sind, betrifft es einen jeden von uns in den verschiedensten Bereichen.

Wie im richtigen Leben haben auch hier alle Vorhaben und Veränderungen zwei Seiten.

Diese beiden Seiten vernünftig und für die Bevölkerung verständlich miteinander zu verbinden, sollte unsere Aufgabe sein.

Einerseits die rechnerische und ganz pragmatische, und andererseits die politische.

Fange ich mit der pragmatischen Seite an:

Das im November von der Verwaltung eingebrachte Zahlenwerk hat sich in den letzten Wochen wieder so verändert, dass das für das Jahr 2003 vorhandene Defizit u.a. durch höhere Gewerbesteuererinnahmen ausgeglichen werden konnte.

Dieser Ausgleich gibt keinen Grund zum Jubeln und hat auch mit einer Trendwende nichts zu tun. Das strukturelle Defizit von rund 3,1 Mio. € bleibt bestehen.

Die Stadt ist im Haushaltssicherungskonzept und die Spielräume sind so eng wie eh und je.

Die noch vor ca. 3 Monaten angedachte Gewerbesteuererhöhung war für uns schon damals inakzeptabel. Wie uns der Kämmerer in seiner Haushaltsrede versicherte, ist der Ausgleich des Haushaltes in 2006 auch ohne Steuererhöhung darstellbar. Für die CDU ist klar, eine Steuererhöhung in der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Lage wäre mehr als kontraproduktiv.

Den Vorgaben des HSK muss auch weiterhin durch eine strikte Haushaltsdisziplin Rechnung getragen werden, um eine vorläufige Haushaltsführung nach § 81 GO auf jeden Fall zu verhindern.

Es muss jedem klar sein, dass dies das Ende aller freiwilligen Leistungen bedeuten würde.

Auch mit den veränderten Rahmenbedingungen wird die CDU für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eine lebenswerte Kommune erhalten.

Es kann nur heißen: Nicht sparen um des Sparens Willen, sondern auch Möglichkeiten und Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

Von der SPD wird immer wieder versucht, mit Anträgen zur Erhöhung von freiwilligen Leistungen durch die Hintertür die schlechte Politik der eigenen Partei in Bund und Land bei uns in Lüdenscheid zu vertuschen.

Diese Taktik wird erfolglos sein, denn längst haben viele Bürgerinnen und Bürger kapiert, wo der Bartel den Most holt.

Die Kommune kann doch nicht ständig als Reparaturbetrieb erhalten.

Sie, meine Damen und Herren von der SPD sollten denen, die Sie beglücken wollen auch gleichzeitig sagen, wem sie das großzügig verteilte Geld dann an anderer Stelle wegnehmen wollen.

Ihr Frust, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen von der SPD, ist allzu verständlich, da sie sich jeden Tag aufs Neue daran erinnern lassen müssen, wer für das Dilemma in den Kommunen verantwortlich ist.

So müssen Sie sogar innerhalb einer Unterschriftenaktion gegen ihre eigene Landesregierung ziehen, um gegen die horrenden Kürzungen im Bereich der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu protestieren.

Das Land streicht zusammen, es werden Strukturen zerschlagen, und kommunal wird von der gleichen Partei immer mehr und immer besser verlangt.

Ihr Versuch, die Kürzungen ihrer Landesregierung hier vor Ort mit Anträgen zur finanziellen Unterstützung in den verschiedensten Bereichen auszugleichen, ist ein Täuschungsmanöver. Ich sage es noch einmal, wir sind nicht der Reparaturbetrieb einer desolaten rot-grünen Landesregierung. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man über folgendes Zitat lachen:
"Was haben die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf und die Bremer Stadtmusikanten gemeinsam? Oben wird laut gekräht, die Esel unten müssen die Last tragen!"

Meine Damen und Herren,
Tag für Tag werden wir in Land und Bund mit immer neuen oder auch alten korrigierten Informationen überfrachtet. Es fällt immer schwerer, die Übersicht zu behalten.
Die Bevölkerung macht dicht; die Auswirkungen können wir alle spüren.

Nur zwei Beispiele von vielen Unfähigkeitsbeweisen:

1. Bereits zum dritten Mal in Folge verfehlt die SPD-Bundesregierung nun schon mit weit über 3 % die EU-Defizitgrenze. Dabei werden schrödersche Allianzen gebildet und so getan, als ob das Kavaliersdelikte seien.
2. Die SPD-Landesregierung legt verfassungswidrige Haushalte vor und verschleiert die Probleme der Zukunft in 2004 und 2005 durch einen Doppelhaushalt.

Vor einiger Zeit wurde Harald Metzger in der heimischen Presse mit den Worten zitiert: "Wenn die SPD in Lüdenscheid das Sagen hätte....."

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, stellen Sie sich vor, was das gäbe.....

Noch nie wurde in Deutschland eine so kommunalunfreundliche Politik gemacht, wie durch die rot-grünen Regierungen in Berlin und Düsseldorf.

Nichts weist darauf hin, dass Deutschland aus eigener Kraft aus der wirtschaftlichen Misere heraus kommt.

Wenn sich denn dann Wachstum anzeigt, wird es vom Ausland getragen oder es liegt an den Feiertagen, die in diesem Jahr vermehrt auf den Sonntag fallen. (0,6 %)

So vermehrt eine Ausbildungsabgabe nur die Bürokratie. Die, erst einmal eingerichtet, den vermeintlichen Nutzen kostenmäßig wieder auffrisst.

So ruiniert diese Regierung die Wirtschaft, indem sie die Arbeit durch Zwang und Kontrolle zu steuern versucht.

Einen Beweis für diese Gangart lieferten einige Hartliner im vergangenen Jahr beim Umgang mit den Reinigungskräften.

Es wurde jeder Weg versperrt, und als nichts mehr ging suchten sie die Schuld natürlich bei den anderen. Gekniffen sind die Betroffenen.

Dem Vorhaben der rot-grünen Regierung, das Vorziehen der Steuerreform voll durch Kredite finanzieren zu wollen, wurde im Vermittlungsausschuss durch die CDU eine Grenze gesetzt.

Ein ganz wichtiger positiver Beschluss aus dem Vermittlungsausschuss betrifft die Einnahmen unserer Stadt. Die Gewerbesteuerumlage, von der SPD-Bundesregierung seinerzeit kräftig (2000) erhöht, wird nun endlich, wie schon lange von uns gefordert, wieder gesenkt. (von 28 auf 20%)

Damit stehen uns schon mal wenigstens von unseren ureigensten Einnahmen, wenn sie sich dann einstellen, in den kommenden Jahren wieder mehr Geld zur Verfügung.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

viele Bürgerinnen und Bürger Lüdenscheids haben erkannt, dass es unserer besonnen Politik hier vor Ort gelungen ist, trotz HSK alle Leistungen weiter zu erhalten. Wir werden auch weiterhin alles dafür tun, dass die Strukturen erhalten bleiben.

Wir schauen auf jeden Fall mit einem zukunftsfähigen Konzept nach vorn und tragen gleichzeitig auch den Vorgaben des HSK Rechnung.

In den nun fast 5 Jahren nach 1999, in denen die CDU, und mit ihr Bürgermeister Friedrich-Karl Schmidt, in Lüdenscheid das Heft in der Hand hat, ist für die Zukunftsfähigkeit der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger viel auf den Weg gebracht worden.

Eines der wichtigsten Anliegen der CDU für Lüdenscheid hat sich erfüllt, es findet trotz HSK in keinem Bereich ein Kahlschlag statt.

Zeigen Sie mir, meine Damen und Herren, einen Verein, den es nicht mehr gibt oder eine Institution, der es viel schlechter geht als vor dem HSK.

So wurde von uns immer wieder erreicht, große Härten abzufedern. Ich erinnere da z.B. an die AWO-Altentagesstätte in der Marienstraße, die auch in den nächsten 5 Jahren keine Miete für das städt. Haus zahlen muss.

Alle städtischen Einrichtungen bleiben erhalten.

So ist es uns bei der Verlegung der Galerie unter anderem gelungen, dass vorhandene Räumlichkeiten effizienter genutzt werden können.

Die Kulturlandschaft in Lüdenscheid behält auch mit dem geänderten Galeriekonzept ihre Vielfalt. Galerie- und Museumsräume ergänzen sich hervorragend.

Frau Möller, vom Rat gewählt und, ich erinnere: von der SPD mit Häme empfangen, erfüllt hervorragend die Erwartungen, die an sie gestellt werden.

In naher Zukunft erwarten wir von ihr ein Konzept zur Ausgestaltung unserer Innenstadt unter Einbindung der vorhandenen Kunstwerke und Vorschläge zur Beschaffung bzw. Anschaffung neuer Exponate.

Trotz knapper Kassen fanden unter großem Zuspruch der Bevölkerung der Kultursommer und die Lichttrouten statt. Das war eine ideelle und finanzielle Kraftanstrengung verschiedenster Institutionen wie Stadt, WKL, Künstler, Sponsoren usw. Diese Aktionen haben Lüdenscheid über die Grenzen hinaus weiter bekannt gemacht.

Für das städt. Archiv wird nun die Kerksighalle hergerichtet. Es entsteht auch für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt eine wesentlich komfortablere Nutzungsmöglichkeit des Archivs. Ich hoffe, dass mit der Einrichtung entsprechender Räumlichkeiten eine intensivere Nutzung durch Schulen und andere Bevölkerungsgruppen einhergeht.

Völlig überflüssig war die Aufregung der Opposition bei der erforderlichen Schließung der Lehrschwimmbecken. Hohe notwendige Renovierungskosten konnten eingespart werden. Kein Schüler muss auf eine einzige Schwimmstunde verzichten.

Und das muss ich mal laut und deutlich sagen, die Schwimmstundenzahl für die Kinder geht trotz der Zusammenlegung immer noch über die eigentliche Pflichtstundenzahl hinaus.

Meine Damen und Herren,

in diesem Jahr werden wir nun voraussichtlich 4 Grundschulen mit Hilfe der Eltern so ausrüsten, dass eine verlässliche Ganztagsbetreuung stattfinden kann.

Mit der Einrichtung dieser Ganztagsbetreuung sehen wir uns durchaus in der Verantwortung, wir werden genau das leisten, was die rot-grüne Landesregierung für nötig hält, um solch eine neue Schulform, noch dazu ohne jegliche parlamentarische Legitimation, einzuführen.

Ich nenne diese neue Einrichtung absichtlich nicht "Ganztagschule".

Eine echte Ganztagschule hat einen 20% höheren Personalstandard und verlangt von den Eltern auch keine Kostenbeteiligung. Eine Ganztagschule ist bisher per Gesetz kostenfrei.

Hier entsteht eine Schulform, in der von den Eltern Schulgeld zu zahlen ist, damit die Kinder nachmittags betreut werden können. Für mich ist das der Einstieg in eine Zweiklassengesellschaft.

Das Land betont die Freiwilligkeit, bittet die Eltern zur Kasse und zahlt selbst z.B. mal gerade soviel Personalkostenzuschuss, dass hochgerechnet ein Verhältnis "1 Lehrer auf 250 Schüler" dabei herum kommt.

Da frage ich Sie von der SPD allen Ernstes, sieht so eine vernünftige, pädagogische Ausstattung einer Ganztagschule aus?

Das dies nicht der Fall ist, haben Sie ja auch schon bemerkt, denn nicht umsonst fordern Sie einen zusätzlichen finanziellen Beitrag von der Stadt.

Auch hier wollen Sie wieder mit Ihren Aktionen von der mangelhaften Schulpolitik der eigenen Landesregierung ablenken.

Mit solch zusätzlichen Forderungen täuschen sie die betroffenen Eltern vor Ort. Ich kann mich nur wiederholen. Die Stadt kann auch in diesem Fall nicht der finanzielle Erfüllungsgehilfe der Landesregierung sein.

Abgesehen von den Kosten, und das ist noch viel schlimmer, liegt kein pädagogisches Konzept von der verantwortlichen SPD-Landesregierung vor. Man verlässt sich voll auf freiwillige Helfer; viel bewährte offene Jugendarbeit bleibt auf der Strecke.

Ganz offen spricht die SPD-Landesregierung aus, dass die Horte in die Nachmittagsbetreuung zu integrieren sind, obwohl beide Gesetze, das KJHG und das GTK, dagegen sprechen. Die rot-grüne Landesregierung fordert hier die Kommunen auf, gegen geltende Gesetze zu verstoßen.

Das kann es doch wohl nicht sein!

Nach Auflösung der Horte, in 2007 vom Land beabsichtigt, werden auf die Kommune weitere Probleme bei der Kinderbetreuung zukommen, da die angestrebte neue Schulform kein Ersatz für die Horte sein kann.

Es ist nicht schwer zu erraten, wer am Ende den Schwarzen Peter hat.

Meine Damen und Herren,
durch die demografische Entwicklung unseres Landes stehen wir in den nächsten Jahren vor der Tatsache, nicht mehr benötigte Kindergartenplätze abbauen zu können.

Im vergangenen Jahr haben wir in Lüdenscheid nicht abgebaut, sondern die Bedarfsdeckung von 92 auf 95% erhöht.

In diesem Jahr bauen wir wieder erst einmal weniger ab, und erhöhen somit diese Quote nochmals, und zwar auf 96%. In Lüdenscheid erfüllen wir somit die Quote des gesetzlichen Anspruchs auf einen Kindergartenplatz.

Beschlossen ist die Umwandlung von zwei Regelgruppen in zwei Tagesgruppen und einer Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe. Wenn kostenneutral möglich, wollen wir zusätzlich noch eine Regelgruppe in eine altersgemischte Gruppe umwandeln.

In Lüdenscheid erfährt die Kinder- und Jugendarbeit somit durch diesen höheren Standard ein weiteres und somit größeres Angebot für die Mütter und Väter zur Betreuung ihrer Kinder.

Unter anderem werden wir in Lüdenscheid auch eines der wichtigsten Anliegen der CDU-Politik, nämlich das Subsidiaritätsprinzip, aufrecht erhalten.

Dass sich die CDU-Familienpolitik nicht nur in Glanzpapierbroschüren darstellt, beweist der von der damaligen CDU-Bundesregierung eingeführte gesetzliche Anspruch auf einen Kindergartenplatz.

Dies war und ist ein Teil realer guter Familienpolitik der CDU.

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Bevölkerungsveränderung hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Kindergärten.

In 2010 wird unsere Stadt nur noch ca. 78.000 Einwohner zählen, wobei die Ballungszentren in NRW einen wesentlich größeren Bevölkerungsverlust erleiden werden.

Trotz des Rückganges wird aber die Anzahl der Haushalte steigen. Wir benötigen im Wohnungsbau mehr Qualität, aber keine Quantität.

Die Renovierung des Bestandes wird einen größeren Raum einnehmen müssen.

Die Bevölkerungsgruppe der über 75jährigen wird bis 2010 um über 30 % zunehmen. Das muss uns Grund genug sein, die Rahmenbedingungen für eine ausreichende Seniorenbetreuung zu schaffen.

Ältere und alte Menschen sollten so lange wie möglich im häuslichen Bereich bleiben können. Gleichzeitig müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass auch genügend andere Betreuungsformen möglich sind.

Für eine Vielzahl der auf uns zu kommender Probleme haben wir noch keine Antworten. Das erfordert ein flexibles Reagieren auf den demografischen Wandel.

Einen ersten Schritt haben wir in diesem Jahr getan, indem eine Befragung der in Lüdenscheid lebenden Seniorinnen und Senioren stattfinden wird. Wir wollen herausfinden, wie sich die ältere Generation ihren Lebensabend in Lüdenscheid vorstellt.

Meine Damen und Herren,
die Sanierung, Renovierung und Erneuerung der Innenstadt ist auf einem guten Weg. Das Rathaus wird saniert, so dass in nicht allzu langer Zeit den Bürgern und vor allen Dingen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung wieder ein intaktes Gebäude zur Verfügung steht.

Das Bürgerforum und der Ratssaal mit seinen Nebenräumen werden in diesem Jahr fertig gestellt sein.

Ich hoffe auf die Fertigstellung des Ratssaales bis zum 13.9. dieses Jahres, damit dieser "alte" Rat noch einmal eine Sitzung in den neuen Räumen durchführen kann.

Der Rathausplatz wird mit seinem neuen Belag und einem Platanenhain eine neue großzügige und schöne Mitte für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt bilden.

Wie wir alle wissen, können diese Maßnahmen nur durch den Erlös der MarkE-Aktien geschultert werden. Die Gesamtkosten für das Rathaus und die Innenstadt sind gedeckelt, so dass auch alle Anstrengungen von uns unternommen werden müssen, den Investitionsrahmen einzuhalten.

Das allerwichtigste aber ist, der größte Teil des erzielten Erlöses aus den Aktien wird wieder investiert und kommt somit jedem Bürger unserer Stadt in Form einer renovierten guten Stube zu Gute. Das Geld wird also nicht verfrühstückt, sondern in die Zukunft unserer Stadt investiert. Die restliche große Summe von rund 9 Mio. Euro verringert unsere Schulden und damit auch den Schuldendienst. Durch den Erlös wurde eine verringerte Kreditaufnahme möglich gemacht. Die CDU hat somit in den Haushaltsjahren von 1999 bis in das Jahr 2004 rund 15,4 Mio. Euro Schulden abgebaut.

Trotz HSK und Schuldenabbau war es uns aber auch noch möglich, für viele Vorhaben in unserer Stadt in diesem Jahr rund 7 Mio. Euro zu investieren.

Das nicht nur in das Rathaus und in die Innenstadt investiert wird, zeigt der große Betrag von 7 Mio. Euro, der, ich kann hier nur einen Teil nennen, in folgende Projekte fließt:

den Straßenbau,
die Fassadensanierungen,
den Bau der Obdachlosenunterkünfte,
den Bau der Umkleieräume des TuRa-Brügge,
die Erweiterung der Feuerwache und
ein ganz großer finanzieller Teil geht in den vorbeugenden Brandschutz.

Ein besonderes Anliegen gerade für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ist die Erneuerung der Rolltreppe am Sauerfeld. Diese Maßnahme wurde vom Bürgermeister vorgeschlagen und auf unseren Antrag hin noch zusätzlich in den Haushalt aufgenommen.

Gleichzeitig wird noch die Unterführung zum Sauerlandcenter renoviert, damit auch hier die Bürgerinnen und Bürger einen ordentlichen Übergang zur anderen Straßenseite benutzen können.

Wie wichtig es für Lüdenscheid ist, die in die Jahre gekommene Innenstadt zu sanieren, werden wir noch zu spüren bekommen. Hagen hat aufgerüstet, Dortmund ist dabei und wird von der SPD-Landesregierung mit ungleich hohen Fördermitteln hochgepuscht.

Wir können es uns als Mittelzentrum also nicht erlauben, die Zeichen der Zeit zu verschlafen.

Von einer attraktiven Innenstadt lebt nicht nur der Einzelhandel, der wiederum der Stadt einen Teil der Gewerbesteuer einbringt. Auch den Familien der in den ansässigen Firmen benötigten Mitarbeitern fällt es viel leichter, sich in einem attraktiven Lüdenscheid nieder zu lassen.

Die Arbeit der neu gegründeten Lüdenscheider-Marketing-Gesellschaft wird das Bemühen um ein lebenswertes Lüdenscheid sicherlich maßgeblich vorantreiben.

So muss es hier, wie von der CDU gefordert, eine erste Maßnahme sein, im Rahmen eines Einzelhandels-Entwicklungskonzeptes ein Gutachten in Auftrag zu geben, dass die Entwicklung des ganzen Stadtgebietes beleuchtet.

Dass das Rathaus und die Innenstadt nach über 35 Jahren einer Renovierung bedurften, war offensichtlich. Und gerade in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird sich eine Verbesserung der Infrastruktur für die Zukunft bezahlt machen.

Diese Strukturmaßnahmen wirken selbstverständlich für ganz Lüdenscheid.

So ist es auch müßig, ständig mit der Betonung "Außenbürgerei" auf die vermeintliche Vernachlässigung eines bestimmten Stadtteiles hinzuweisen.

Liebe Kollegen von der SPD,

unsere Stadt, von dessen Bürgerinnen und Bürgern wir gewählt sind, hat viele Stadtteile.

In der CDU-Fraktion ist es auf jeden Fall so, dass wir uns, unabhängig vom eigenen Wahlbezirk, für die ganze Stadt verantwortlich fühlen.

So stehen unsere Stadtteile gleichberechtigt nebeneinander.

Und das Vergleichen bzw. Aufrechnen der verschiedensten Maßnahmen, wie häufig durch Sie geschehen, ist reiner Populismus.

Das Anfachen einer Neiddiskussion unter den Bürgern ist nicht unser politisches Ziel.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

ein weiterer Schritt zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskraft ist der partnerschaftliche Weg von den Stadtwerken Lüdenscheid und der Mark-E. Durch den Abschluss des Konsortialvertrages und der Gründung einer Dachgesellschaft werden die Zentralfunktionen beider Gesellschaften gebündelt. Somit sind beide Unternehmen für die Zukunft gerüstet.

Zukunftsweisend sind auch die Entwicklung des Bahnhofsgeländes und die weitere Entwicklung unserer Gewerbegebiete, wobei die allgemeine ungünstige Wirtschaftslage momentan einen eher ruhigen weiteren Verlauf zulässt.

Wirtschaftspolitisch haben wir in Lüdenscheid auf jeden Fall unsere Schulaufgaben gemacht.

Für die Zukunft, in der hoffentlich Veränderungen auf landes- und bundespolitischer Ebene eintreten, sind wir gut gerüstet. Wenn es Wachstum gibt, kommt es nur aus der mittelständischen Wirtschaft. Diese gilt es zu fördern.

Im jetzt beginnenden Wahljahr werden wir im Wahlkampf unsere Profile schärfen. Darüber hinaus sollten wir aber nicht vergessen, wozu wir uns verpflichtet haben, nämlich: zum Wohle der Gemeinde tätig zu sein.

Die CDU-Fraktion des Rates der Stadt Lüdenscheid stimmt dem Haushalt für das Jahr 2004 zu.

Ich bedanke mich im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen bei der Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Ihnen danke ich fürs Zuhören.